

Sprecher: BRin Irini Tzaferis

Kein Aus für Freizeitpädagogik an Landstraße Pflichtschulen

Die unterfertigten Bezirksräte:innen der SPÖ Landstraße stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung am Donnerstag, dem 22. Juni 2023 folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Landstraße erklärt sich im Interesse der betroffenen Kinder und Eltern an den Landstraße Pflichtschulen mit den Beschäftigten solidarisch, die sich gegen die Abschaffung der Freizeitpädagogik an Pflichtschulen einsetzen. Die Gewerkschaften, betroffene Betriebsräte:innen und Belegschaften müssen in die vom Bildungsministerium geplante Neuordnung in diesem Bereich eingebunden werden.

Begründung

Das Bildungsministerium plant die Schaffung von „Assistenzpädagog:innen“, die die Freizeitpädagog:innen und Erzieher:innen an Pflichtschulen ersetzen sollen. In Wien werden sie vom Verein „Bildung im Mittelpunkt“ (BiM) beschäftigt, die Mitarbeiter:innen unterliegen dem Kollektivvertrag für die Mitarbeiter:innen der Sozialwirtschaft in Österreich (SWÖ-KV). Der BiM-Betriebsrat sieht durch die Pläne die Gefahr von Gehaltskürzungen von bis zu 19%, eine Verschlechterung der freizeitpädagogischen Ausbildung und die Nichtfortsetzung von Arbeitsverhältnissen zahlreicher erfahrener Kolleg:innen. Daher haben Betriebsrat und Gewerkschaft am 15.06.2023 einen Aktionstag mit Betriebsversammlungen und öffentlichen Kundgebungen durchgeführt. Die Bezirksvertretung ist solidarisch mit der Forderung der Beschäftigten nach einer Neuverhandlung der geplanten Regelung unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Betriebsrat und Belegschaften. Es darf keine Verschlechterungen des qualitativen Angebotes an Freizeitpädagogik an Landstraße Pflichtschulen und den Arbeitsbedingungen geben!